

Quelle: Die Zeit

© Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. KG

POLITIK, Leitartikel

Krieger, denk mal!

Deutschland braucht einen Nationalen Sicherheitsrat. Die Militärs sind mit den Konflikten der Gegenwart überfordert

Josef Joffe

Die Münchner Sicherheitskonferenz, die am Freitag zum 40. Mal zusammentritt, ist für die strategic community, was das Kardinalskollegium für den Vatikan ist. Sie fasst zwar keine Beschlüsse und wählt auch keinen Weltsicherheits-Papst, doch sie versammelt für 44 Stunden das politische Establishment aus aller Welt: vom Präsidenten bis zum Verteidigungsminister.

Interessanter aber als die üblichen Verdächtigen sind die Neuen, spiegeln sie doch wider, wie wir heute über Sicherheit nachdenken müssen. Jahrelang war's eine reine Nato-Veranstaltung; jetzt sind Russen, Chinesen, Zentralasiaten, Araber und Israelis mit dabei, dazu Wirtschaftsbosse und der Münchner Bürgermeister Ude, der jahrelang feindliche Distanz gepflegt hatte. Bloß Gregor Gysi von der Linken konnte sich nicht überwinden. Und wenn nicht Haiti dazwischengekommen wäre, dann würde auch UN-Chef Ban Ki Moon im Saal sein.

Sicherheit war früher Schlachtordnung und Waffenlärm; heute ist Krieg zwischen den Großen das geringste unserer Probleme. Keine Großmacht hat seit 1945 das Schwert gegen eine andere erhoben. Sicherheit ist »kleiner« und »breiter«, diffiziler und unfassbarer geworden. Sie ist tatsächlich »vernetzt«, wie das Klischee besagt.

Wo wohnt der Terror? Er hat keine Adresse und lässt sich nicht

abschrecken. Was ist gefährlicher: eine Panzerarmee oder ein zerfallender Staat? Flugzeugträger landen an, um Haiti zu retten, nicht um es zu kassieren. Früher war Eroberung strategisches Ziel, heute sind es gesicherte Energieströme. Kriege sind vorweg Binnen- oder gar Mikrokriege - gegen Aufständische, Terroristen oder Piraten.

Die alte Münchner Konferenz quälte sich mit dem »Nichtkrieg« - wie den großen Weltenbrand à la 1914 oder 1939 verhindern? Das war im Rückblick - Krisen hin oder her - einfacher. Millionenheere und Tausende von Atomwaffen wurden aufgeboden, damit sie nicht eingesetzt werden mussten. Doch die Mikrokriege des 21.

Jahrhunderts - Afghanistan oder Gaza - werfen grundsätzlich die Gewaltfrage auf: Warum reingehen und wie wieder rauskommen? Noch übler: Solche Kriege, in denen Unbeteiligte als Geiseln genommen werden, fordern immer zivile Opfer, und davor grausen sich Demokratien noch mehr als vor den eigenen Verlusten. Die Bomben von Kundus haben die Deutschen heftiger erschüttert als die Angriffe der Taliban. Wer handeln muss, macht sich schuldig. Die Nato aber musste im Kalten Krieg nicht agieren, sondern bloß da sein.

Heute heißt Sicherheit, die vielen kleinen Kriege zu bewältigen - vielleicht. Denn im Irak oder in Afghanistan, Somalia oder Sudan geht es für den Eingreifer nicht um Existenzielles, sondern um die

innere Ordnung, nicht um den Feind ante portas, sondern um Gefahren »weit, hinten, in der Türkei«, wie es bei Goethe hieß. Jede Demokratie tut sich damit schwer, die deutsche ganz besonders.

»Nie mehr Krieg« war zugleich ein moralischer und nützlicher Impuls - nützlich, weil ihre Vergangenheit es den Deutschen erlaubte, alle Zumutungen im Namen ihrer historischen Läuterung abzublocken. Heute aber geht es nicht um Rassen- oder Eroberungs-, sondern um Ordnungs- oder gar humanitäre Kriege mit ihrem schmerzhaften Gemenge aus Interesse und Pflicht. Denen wird der rein pazifistische Reflex nicht gerecht.

Seit Bosnien manövrieren die Deutschen in diesem trügerischen Neuland, und in Afghanistan sind sie endgültig hingeraten, wo sie nie sein wollten: wo der Soldat als Aufbauhelfer zur blutigen Fiktion wird. Aber inzwischen geht es um mehr als die alten Dilemmas. Deutschland ist im Krieg, wie immer wir es auch nennen, und jenseits aller moralischen Bedenken stellt sich die Frage, ob diese Verantwortungsmacht wider Willen überhaupt in der Lage ist, zu agieren, statt nur zu reagieren.

Das Muster sieht etwa so aus: »Taktik« ist, was in den Morgennachrichten gesagt wird. »Strategie« ist, was die Politiker am Abend von sich geben. Und »Große Strategie« ist, was in den Talkshows am Sonntag verkündet

Quelle: Die Zeit

© Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. KG

wird. Der Schock von Kundus zeigt, dass dieses Land kein strategisches Denk-, geschweige denn Entscheidungs-zentrum hat. Der Bundessicherheitsrat und die Planungsstäbe der Ministerien erfüllen diese Funktion ebenso wenig wie die vom Bund alimentierten Thinktanks.

Es ist höchste Zeit, einen »Nationalen Sicherheitsrat« zu etablieren, wie ihn die USA seit Kriegsende kennen: ressortüberwöl-bend, mit Zugriff auf die Informationen der Geheimdienste und des Militärs, mit einem »Nationalen

Sicherheitsberater«, der Wissen und Optionen bündelt. Damit nicht genug. »Vernetzte Sicherheit« heißt, dass auch einfließt, was nicht rein militärisch ist: Energie, Sanktionen, Wasser, strategisch relevante Exporte, zerfallende Staaten, Terrorabwehr, Rüstungskontrolle, Seewege, Handelskonflikte, Entwicklungspolitik. Die Zeiten von Blücher und Moltke sind vorbei, aber unsere Institutionen sind im Kern noch immer 19. Jahrhundert.

Jedenfalls bildet die Münchner Sicherheitskonferenz diese neue Wirklichkeit inzwischen besser ab

als so manche europäische Regierung, von der EU ganz zu schweigen. Ja, es wird viel geredet werden. Aber Beschlüsse sind nicht die Aufgabe der Konferenz. Noch weniger ist sie die »Jahreshauptversammlung der Rüstungsindustrie oder Kriegstreibergewerkschaft«, wie der Vorsitzende Wolfgang Ischinger anmerkt. Es geht um die Verhinderung und Entschärfung von globalen Konflikten. Mit dem Nachdenken fängt es an.